Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 16. Januar 1887. Nr. 25.

Die Eröffnung des Landtages.

Berlin, 15. Januar. In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 3. d. M. fand heute 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses die feierliche Eröffnung des Landtages der Monarchie statt.

Der derselben vorangegangene Gottesdienst begann für die Mitglieder der evangelischen Kirche um 11 Uhr im Dom, wo der Ober-Hof- und Domprediger D. Kögel die Predigt über Römer 12, 12: „Seid fröhlich in Hoffnung u. s. w." für die Mitglieder der katholischen Kirche um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche, in welcher Propst Aßmann unter Assistenz zweier Geistlichen eine Segensandacht hielt.

Nach Beendigung der kirchlichen Feier nahmen die Mitglieder des Landtages im Weißen Saale in dem mittleren, dem verhüllten Throne gegenüber belegenen Raume Aufstellung. Für das diplomatische Korps war die Tribüne auf der Kapellenseite des Weißen Saales bereit gehalten.

Sobald im Weißen Saale die Aufstellung vollendet war, erschienen die Staatsminister unter Vortritt des Vize-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Staats-Ministers von Puttkamer, und stellten sich links vom Throne auf. Der Vize-Präsident des Staatsministeriums verlas hierauf die nachstehende Rede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzlage des Staats hat die mannigfach erstrebte und namentlich im vorigen Jahre von einer Reform der Branntweinbesteuerung erhoffte weitere Besserung durch die Reichsgesetzgebung nicht erfahren.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr vom 1. April 1885/86, für dessen Etat nach einmaliger Unterbrechung zuerst wiederum die Nothwendigkeit einer Anleihe zur Herstellung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben hervorgetreten war, hat, abgesehen davon, ein befriedigendes Ergebniß geliefert.

Ungeachtet nicht unerheblicher Ausfälle bei der Bergverwaltung und der Eisenbahnverwaltung hat dasselbe in Folge reichlicher Mehrerträge anderer Einnahmezweige und größerer Ueberweisungen aus dem Ertrage der Zölle und der Reichs-Stempelabgaben einen Gesammtüberschuß von mehr als 7 Millionen Mark ergeben, welcher indessen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß auch bereits in der Rechnung jenes Jahres zu einer Mehrtilgung der Staats-Eisenbahnschuld hat verwendet werden müssen.

Das laufende Rechnungsjahr wird mit Hülfe der im Etat vorgesehenen ergänzenden Einnahme aus Anleihe nach allen bisherigen Wahrnehmungen in ähnlich befriedigender Weise abschließen.

Für das nächstfolgende Jahr können die Erträge einiger Betriebs-Verwaltungen, namentlich auch der Eisenbahn-Verwaltung, nicht ganz in der bisherigen Höhe, und die Einnahmen des Staates insgesammt nur zu einem Betrage angeschlagen werden, welcher um nahezu 2½ Millionen Mark hinter dem Etat des laufenden Jahres ohne die ergänzende Anleihe angenommenen Betrage der Einnahmen zurückbleibt. Andererseits ist, bei aller Sparsamkeit und Beschränkung auf die dringendsten Bedürfnisse, eine Vermehrung der Ausgaben an vielen Stellen des Etats unvermeidlich, und war namentlich nach dem dem Reichstage vorgelegten Entwurf des Reichshaushalts-Etats für das nächste Jahr eine abermalige Steigerung des Matrikular-Beitrages Preußens um rund 19 Millionen Mark vorzusehen.

Unter diesen Umständen erhöht sich der Anleihebetrag, dessen Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1887–88 wiederum zur Ergänzung der Einnahmen bedarf, auf nahezu 28½ Millionen Mark.

Daß bei einer solchen Finanzlage die Nothwendigkeit vorliegt, die Art der Beschaffung des öffentlichen Geldbedarfs zu ändern, werden Sie in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung umsomehr anzuerkennen geneigt sein, als über die gesicherte dauernde Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalts-Etat hinaus ein viel weiter gehendes Bedürfniß nach besserer Vertheilung der Lasten, namentlich der Kommunal- und Schullasten, obwaltet, welches von der Bevölkerung immer drückender empfunden wird, in Ihren Verhandlungen wiederholt als solches anerkannt ist und anders als auf dem Wege der weiteren Entwickelung der der Reichsgesetzgebung überwiesenen indirekten Steuern schwerlich jemals befriedigt werden kann.

Wenn die Staatsregierung gleichwohl zur Zeit darauf verzichtet hat, durch erneute Anträge beim Reich auf eine Förderung in dieser Richtung hinzuwirken, so hat sie sich hierzu durch die abweisende Aufnahme ihrer bisherigen Anträge und in der Erwägung genöthigt gesehen, daß die Bedürfnisse, um die es sich handelt, sich bei den Wählern und den Gewählten zum Reichstage nachdrücklicher werden geltend machen müssen, bevor auf zum Ziele führende Verhandlungen mit dem Reichstage gehofft werden kann.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur Ergänzung der nächstjährigen Staatseinnahmen wird Ihnen alsbald vorgelegt werden.

Auch in diesem Jahre werden Ihnen Vorlagen zugehen, welche die Erweiterung und günstigere Gestaltung des Staats-Eisenbahnnetzes im Interesse der Landeswohlfahrt durch Herstellung wichtiger neuer Linien, wie durch Ueberführung noch einiger Privatbahnen in den Staatsbesitz zum Gegenstande haben.

Die Durchführung der Verwaltungs-Reform wird auch in der bevorstehenden Session Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen. Nachdem durch die in der vorigen Session vereinbarte Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Westfalen die neuere Verwaltungs-Gesetzgebung auf diese Provinz ausgedehnt worden ist, werden Ihrer Beschlußfassung zu dem gleichen Zwecke die Entwürfe einer neuen Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Rheinprovinz, deren hierbei in Betracht kommende Verhältnisse mit denjenigen der Provinz Westfalen im Wesentlichen gleichartige sind, unterbreitet werden.

Die Maßregeln, welche unter Ihrer Mitwirkung in den Landestheilen mit polnischer Bevölkerung ergriffen worden sind, befinden sich in Erfolg verheißender Ausführung und lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß sie der Entwicklung der deutschen Bevölkerung einen kräftigen Aufschwung geben werden. Um diesen Erfolg nach allen Seiten hin sicher zu stellen und zugleich für die Erhaltung des deutschen Bestandes, wie für die Förderung der deutschen Bestrebungen einen vermehrten Schutz zu gewinnen, erweist es sich als nothwendig, die in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung zum Theil zu umfangreichen landräthlichen Kreise in diesen Landestheilen zu vermehren. Es wird Ihnen daher zu diesem Zwecke ein Gesetzentwurf über die Theilung von Kreisen in den Provinzen Westpreußen und Posen vorgelegt werden.

Durch die kirchenpolitische Novelle vom 21. Mai 1886 haben die freundlichen Beziehungen, welche sich zur lebhaften Befriedigung Sr. Majestät des Königs zwischen Allerhöchstihrer Regierung und der römischen Kurie immer mehr befestigt haben, eine Bethätigung gefunden, welche je länger desto mehr auf vielen und wichtigen Gebieten des kirchlichen Lebens für die Interessen der katholischen Unterthanen Sr. Majestät sich als segenbringend erweist. Es ist damit der Weg geebnet, durch eine weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze, über welche die vorbereitenden Verhandlungen mit der römischen Kurie schweben, das Verhältniß zwischen dem Staate und der katholischen Kirche zu beiderseitiger Zufriedenheit auszugestalten. Die Staatsregierung wird Ihnen eine entsprechende Vorlage machen und Se. Majestät geben Allerhöchstsich gern der Hoffnung hin, daß dieselbe gleich dem Ihnen im vergangenen Jahre unterbreiteten Revisionsentwurfe Ihrer bereitwilligen Förderung begegnen wird.

Es wird Ihnen ferner ein Gesetzentwurf zur Berathung vorgelegt werden, welcher bezweckt, bei der Feststellung der Leistungen für Volksschulen die Mitwirkung der Selbstverwaltungs-Behörden in erweitertem Umfange in Anspruch zu nehmen.

Zur Durchführung der im Reichsgesetze vom 5. Mai v. J. vorbehaltenen landesgesetzlichen Regelung wird Ihnen eine Vorlage zugehen, nach welcher die Unfallversicherung auch für die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen mittelst einer möglichst einfachen und die Steuerkraft der landwirthschaftlichen Bevölkerung schonenden Organisation und Verwaltung alsbald in Wirksamkeit treten soll.

Um die Agrargesetzgebung ihrem Abschlusse entgegenzuführen, werden zwei Vorlagen erfolgen, von welchen die eine für die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Anlagen eine dauernde Vertretung ordnen soll, während die andere für die Güter-Konsolidationen im Regierungsbezirk Wiesbaden Erleichterung der Kosten und Vereinfachung des Verfahrens anstrebt.

Meine Herren! Indem ich Sie im Auftrage Sr. Majestät begrüße, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und spreche im Namen der Staatsregierung die Hoffnung aus, daß Ihre Thätigkeit auch in der neuen Session unter Gottes Segen zu einer fruchtbringenden sich gestalten wird.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Hierauf brachte der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, das Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

Abg. v. Köller als Präsident der vorigen Session eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit dem Hinweise darauf, daß nach der bestehenden Geschäftsordnung ihm in der genannten Eigenschaft die Leitung der Verhandlungen bis zur Wahl des Präsidiums zustehe. Er ernennt zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Bohtz, Imwalle, Schmidt (Sagan) und Worczewski und fährt fort:

Wie immer, so wollen wir auch heute Zeugniß davon ablegen, daß die Verhandlungen dieses Hauses stets von dem Geiste der Ehrfurcht, Treue und Ergebenheit gegen Se. Majestät unsern Allergnädigsten Kaiser und König geführt werden. Se. Majestät der König, er lebe hoch! hoch! hoch!

Die Kammer stimmt dreimal begeistert ein.

Es sind bereits 276 (von 433) Mitgliedern angemeldet. Das Abgeordnetenhaus ist also beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

(Unmittelbar nach der heutigen Sitzung findet die Verloosung der Abtheilungen statt.)

Schluß 1 Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

Am Ministertische: Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer, Justizminister Dr. Friedberg.

Der Präsident der vorigen Session, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr mit folgenden Worten:

Meine Herren! Bevor wir in die Geschäfte eintreten, lassen Sie uns, wie es bei uns Sitte ist, den Gefühlen der Treue, Anhänglichkeit, Ergebenheit und Verehrung gegen Se. Majestät unseren Allergnädigsten König dadurch Ausdruck geben, daß Sie einstimmen in den Ruf: „Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, er lebe hoch," hoch, hoch!

Die Mitglieder des Hauses haben sich von den Plätzen erhoben und stimmen begeistert in den Ruf ein.

Der Präsident beruft zu provisorischen Schriftführern die Herren Dietze, v. Wiedebach, Theune und v. d. Osten.

Neu eingetreten in das Haus sind die Herren Graf Brockdorff, Graf Henckel v. Donnersmarck, Excellenz Kanzler v. Holleben (Oberlandesgerichts-Präsident), Oberbürgermeister Lindemann (Düsseldorf), Oberbürgermeister Müller (Posen), Oberbürgermeister Schmieding (Dortmund), Oberbürgermeister Hahn (Nordhausen), Oberbürgermeister Zweigert (Essen) und Nitykowski (Bremin).

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 103 Mitgliedern, das Haus ist somit beschlußfähig.

Auf Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow wird das bisherige Präsidium, die Herren: Herzog v. Ratibor, Graf v. Arnim und Professor Dr. Beseler, durch Akklamation wiedergewählt.

Die Herren nehmen die Wahlen dankend an.

Auf Antrag des Herrn v. Manteuffel werden, ebenfalls durch Akklamation, zu Schriftführern gewählt die Herren Dietze, Lottichius, Theune, v. Neumann, von der Osten, v. Schöning, v. Wiedebach, Graf Zieten-Schwerin.

Eingegangen ist das Konsolidationsgesetz für den Regierungsbezirk Wiesbaden, dasselbe wird der Agrarkommission überwiesen, ferner steht in Aussicht, nächstens eingebracht zu werden, die rheinische Kreis- und Provinzialordnung, für welche schon jetzt eine Kommission gewählt wird. Eine ebenfalls in Aussicht stehende Haubergs-Ordnung für den Regierungs-Bezirk Kassel soll gleichfalls einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Herr Frhr. v. Solemacher-Antweiler überreicht dem Präsidenten einen handschriftlichen Antrag, in welchem das Haus aufgefordert wird, eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser zu richten.

Nach der Geschäftsordnung wird dieser Antrag gedruckt und dem Hause am Montag vorgelegt werden.

Die Abtheilungs- und Kommissionswahlen werden sofort nach der heutigen Sitzung vorgenommen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Solemacher.

Schluß 1 Uhr 45 Min.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. Der 14. Januar hat in der Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches schon einmal eine bedeutende Rolle gespielt, es war der Tag, an welchem der König von Preußen im Jahre 1871 den deutschen Fürsten und freien Städten seine Bereitwilligkeit zur Annahme der Kaiserwürde in folgendem Aktenstücke erklärte:

„Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder!

Nachdem Ew. Königliche Majestät (Hoheit) in Gemeinschaft mit der Gesammtheit der deutschen Fürsten und freien Städte die Aufforderung zur Herstellung der deutschen Kaiserwürde Mir haben zugeben lassen, danke ich Ew. königlichen Majestät für diesen Beweis Ihres Vertrauens und halte für eine Mir gegen das gemeinsame Vaterland obliegende Pflicht, dem an mich ergangenen Rufe Folge zu leisten.

Ich nehme die deutsche Kaiserkrone an, nicht im Sinne der Machtansprache, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwickelung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatze, so weit Gott Gnade giebt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen.

Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hat seine Stellung im Rathe der Nationen wiedergewonnen, und das deutsche Volk hat weder das Bedürfniß noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas Anderes als den auf gegenseitiger Achtung der Selbstständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben.

Sicher und befriedigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das deutsche Reich, wie Ich vertraue, nach siegreicher Beendigung des Krieges, in welchen ein unberechtigter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Reich finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und erstrebt hat. Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und wahren Freundschaft verbleibe Ich Ew. königlichen Majestät freundwilliger Vetter und Bruder

Wilhelm."

Gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge erscheint, wie die „Nordd. Allg. Ztg."

dem Abdruck dieses Aktenstückes hinzugefügt, die Erinnerung an diese Kundgebung um so bedeutsamer, weil sie aus einer Zeit stammt, in welcher das deutsche Volk in allen seinen Theilen einig war. Möge es eine gute Vorbedeutung sein, daß der 14. Januar eine Entscheidung herbeiführte, von der alle patriotisch gesinnten Deutschen hoffen, daß sie unserem Volke eine neue Periode ungetrübter Einigkeit bringen möchte.

— Die berufsmäßigen Besucher des Abgeordnetenhauses, die Landboten sowohl wie die Berichterstatter, sahen sich heute auf das angenehmste überrascht, als sie zur ersten Sitzung die Stätte ihrer Thätigkeit betraten. Durch die Fürsorge des Büreaudirektors Geheimrath Kleinschmidt waren neue Verbesserungen in fast allen Räumen vorgenommen worden. Die elektrische Beleuchtung, die im vorigen Jahre in den Restaurations- und Lesesälen und der Bibliothek probeweise eingeführt war, ist jetzt überall angebracht: im großen Sitzungssaale, auf den Tribünen wie in den Arbeitszimmern.

— Der Kronprinz empfing gestern Vormittag den Herzog von Ujest und Nachmittags den ehemaligen Kriegsminister General von Kamecke und darauf den Bischof Dr. Klein aus Limburg.

— Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat gestern nach der Auflösung noch eine Fraktionssitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, ein „Manifest an die Wähler“ zu erlassen.

Aus Elsaß-Lothringen, 12. Januar. Obwohl Elsaß-Lothringen im Allgemeinen als ein reiches Land bezeichnet werden muß und wenngleich die private Mildthätigkeit eine sehr rege ist, herrscht doch, namentlich in der Winterszeit und in den großen Städten, ein unglaubliches Elend unter den ärmeren Schichten. Die Hauptursache ist die, daß es an einem sehr bedeutenden Bruchtheile derjenigen Personen, welche zur Fristung ihrer Existenz lediglich auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, an Arbeit fehlt. Am schlimmsten daran sind die zahlreich aus Altdeutschland hierher gekommenen Arbeiter, weil es ihnen ganz besonders schwer fällt, Arbeit zu finden, und weil sie nach Lage der hier geltenden, noch aus der französischen Zeit stammenden Gesetze keinerlei Anspruch auf Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln habe. Ueberhaupt ist in Elsaß-Lothringen die Armenpflege keine obligatorische, sondern nur eine fakultative. Was für die Armen geschieht, ist im Wesentlichen das Werk der Privat-Mildthätigkeit, welche insbesondere auch durch Stiftungen für Arme Großes darin geleistet hat. Von Kennern der Verhältnisse wird behauptet, daß das, was jetzt für die Armen geleistet wird, vollständig zur Beseitigung der größten Noth ausreichen würde, wenn es lediglich den wirklich Bedürftigen zuflösse. Dies ist indeß nicht der Fall, weil, wie jetzt die Dinge liegen, gerade diejenigen Personen, welche durch Trägheit, Trunksucht 2c., kurz, in Folge eigenen Verschuldens, in Bedürftigkeit gerathen sind, die Gutmüthigkeit der wohlhabenden Klassen auszubeuten wissen. Was unserer Armenpflege fehlt, das ist eine straffere, einheitliche Organisation, damit genügende Sicherheit dafür vorhanden sei, daß die Armenspenden immer nur würdigen Armen zu Theil werden. Ein Grund der zunehmenden Verarmung unserer Arbeiterfamilien liegt unzweifelhaft auch in der ungünstigen Ausbildung, welche die heranwachsenden Mädchen der unteren Stände hinsichtlich ihres künftigen Berufs als Hausfrauen erhalten. Hier müßte unbedingt etwas geschehen.

Ausland.

Französische Grenze bei Metz, 11. Januar. Das französische Kriegsministerium hat beschlossen, die Festungen der Ostgrenze bedeutend zu verstärken, namentlich Toul und Verdun. So ist kürzlich von der Garnisonverwaltung Verduns mit mehreren Bauunternehmern ein geheimer Vertrag abgeschlossen worden, daß dieselben auf demnächstige Aufforderung hin Holzbaracken für mehrere Tausend Mann verschiedener Truppengattungen binnen 50 Tagen herzustellen haben. Es sind dabei 1000 Francs Strafe für jeden Tag verspäteter Herstellung ausbedungen. Außerdem werden mehrere in nächster Nähe der Grenze gelegene Ortschaften Garnisonen erhalten, z. B. Etain nur Jäger und wohl auch Kavallerie. Die auf diese Angelegenheiten bezüglichen Schriftstücke sind namentlich im Verkehr mit den Ortsbehörden als streng geheimzuhaltende bezeichnet.

Paris, 13 Januar. Die Franzosen rühmen Bismarcks Freimuth, aber sie ahmen ihm nicht nach. Es ist etwas Rückhaltiges in allem, was die Blätter über die Tagesfrage äußern, aber überall schlüpfen Grimm und Schadenfreude durch. Besonders freudig spricht Rochefort seinem Boulanger zu: er solle sich nur nicht mit einem Generalgouverneursposten in Algerien verdrängen lassen, wie die Leutchen wollen, „die halb Feige und halb Rosine sind“, er soll nur nicht sentimental werden, denn „das versteht das Publikum nicht“ seine Pflicht sei, „seinen Posten sich nicht nehmen zu lassen und mit festem Fuße diejenigen erwarten, welche vor der Nation die Verantwortlichkeit übernehmen würden, ihn davon zu entfernen“ Mit andern Worten: Wenn Grevy Boulanger seine Entlassung geben oder die Kammer ihm ein Mißtrauensvotum nach dem andern ertheilen sollte, so soll Boulanger sich für unabsetzbar erklären, und damit ist der Staatsstreich ein natürlicher Verlauf. Der „Voltaire“ hat eine dunkle Ahnung, daß bei dem Erdbeben, welches das aus dem Gleichgewicht gerathene Europa erschüttern könne, „Frankreich berufen ist, Gegengewicht zu machen, es muß bereit sein, seinen Degen in die Wagschale zu werfen und in die verpestete Atmosphäre der alten Monarchien die erfrischte, lebengebende Luft der Revolution blasen“. Also Brennus Boulanger ist da und die europäische Revolution zur Vernichtung der Monarchien in Europa ist beschlossene Sache! Das ist Phrase, denn ein vernünftiger Mensch kann so nicht reden, ein vernünftiger Franzose kann unmöglich allen europäischen Monarchien ankündigen, daß die Franzosen überall mit der Revolution einbrechen wollen. Aber man ist an Phrasen so gewöhnt, daß man die stärkste als die liebste in die Welt schleudert. Minder keck, aber in ähnlicher Richtung behauptet die „Republique Française“, „nicht die Regierungen der öffentlichen Meinung“, also nicht die Republiken, „werden leicht kriegslustig und verwegen und sie suchen nicht in Kriegen Ableitungen für Verlegenheiten im Innern, sondern es ist dies im Gegentheil die Geschichte einer Menge despotischer Regierungen“. Man scheint sich einzubilden, Bismarck wisse nicht mehr wo ein und aus und suche in letzter Noth Händel mit — Frankreich, — in Deutschland ist ja eine reine Despotenwirthschaft! Der „Gaulois“ hat sich Windthorst's Theorie von der Herstellung Hannovers auf gesetzlichem Wege gemerkt es antwortet Bismarck: „Weder die Regierung noch die Nation denken, wie sie anerkannt haben, daran, den Sieger von 1871 anzugreifen, wir fügen uns in den Frankfurter Frieden, aber wir bewahren die Hoffnung, daß die Zukunft seine Bestimmungen, die uns verstümmelt haben, vielleicht ohne Krieg, mittelst Kompensationen, die noch Gottes Geheimniß sind, und durch den Segen der Verhältnisse, die Niemand vorhersehen kann, dahin abändern wird, daß die geraubten Brüder wieder in unsere Arme kommen.“ Doch dieses wie so vieles was in letzter Zeit die französischen Blätter füllt, sind Redensarten, hinter denen sich Furcht und Uebermuth bergen. Viel bemerkenswerther als diese Worte ist die blinde Bewilligung für die Rüstungen und der Uebermuth in den Reden der Präsidenten in Senat und Deputirtenkammer, der Alterspräsidenten wie der wiedergewählten Leroyer und Floquet wie der alte Carnot klopfen an's Schwert, während Goblet und Grevy Frieden und Eintracht predigen. Damit geht Hand in Hand das Vertuschungssystem bei den Millionen, die Boulanger ausgiebt. In der heutigen Deputirtenkammer beantragte Sonbeyran die Bildung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der ganzen kriegsministeriellen Forderung, die 360 Millionen beträgt; der Kriegsminister habe bereits 110 Millionen auf die Anleihe von 900 Millionen erhalten; wie sich das bei den jetzt geforderten 86 Millionen erkläre? Der Finanzminister antwortete: „105 Millionen sind nöthig gewesen, um die zweite Rate der fälligen Forderungen zu decken; die 86 Millionen sind neu und können nicht vom Budget getrennt werden.“ Also Boulanger hat schon 105 Millionen voraus erhalten um die zweite Rate der gemachten Schulden zu decken; Sondeyran beantragt eine Untersuchung, aber die Kammer verwirft seinen Antrag; denn ihr Wahlspruch in dem, was Boulanger auf eigene Faust angiebt, heißt: „Wir wollen das nicht wissen!“ Und der neue Finanzminister hat jetzt den Beweis in Händen, daß er für Ausgaben Boulangers zur Rechenschaft gezogen zu werden keine Gefahr läuft.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Januar. Die Anwendung von Salicylsäure zur Aufbewahrung von Lebensmitteln erfordert Vorsicht, wie aus dem nachstehenden Gutachten hervorgeht, das in der letzten Sitzung der Académie de médécine in Paris erstattet worden ist. Die Akademie hatte vor längerer Zeit einen Ausschuß eingesetzt, welcher die Wirkung von Salicylsäure auf Lebensmittel untersuchen sollte. Namens dieses Ausschusses nun, der unter dem Vorsitz des jetzigen französischen Kultusministers Bertelot getagt hatte, theilte Dr. Ballin in der erwähnten Akademie-Sitzung zunächst eine ganze Reihe von Fällen mit, in denen in Folge der Aufbewahrung von Lebensmitteln mittelst Salicylsäure bei denen, die von diesen Nahrungsmitteln genossen hatten, mehr oder weniger schwere Erkrankungen eingetreten waren, und verlas dann das Gutachten des Ausschusses, das folgendermaßen lautet: „1) es ist durch ärztliche Beobachtung festgestellt, daß schwache, aber anhaltend wiederholte Gaben von Salicylsäure bei gewissen Personen, namentlich älteren und solchen, deren Nierenapparat oder Verdauung nicht regelmäßig thätig ist, bemerkenswerthe Gesundheitsstörungen herbeiführen können; 2) folglich kann die Beimischung von Salicylsäure zu festen oder flüssigen Nahrungsmitteln selbst in schwachen Dosen nicht gestattet werden.“

— In der Woche vom 2. bis 8. Januar kamen im Regierungsbezirk Stettin 197 Erkrankungen und 26 Todesfälle an ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigten sich wiederum Masern, woran 90 Erkrankungen und 4 Todesfälle zu verzeichnen sind, davon 70 Erkrankungen im Kreise Naugard. An Diphtherie erkrankten 70 Personen (16 Todesfälle), davon 13 Erkrankungen (7 Todesfälle) in Stettin. An Scharlach und Rötheln erkrankten 27 Personen (5 Todesfälle), davon 3 in Stettin, an Darm-Typhus 8 Personen, davon 3 in Stettin, und an leichten Pocken und Kindbettfieber je 1 Person.

— In der Woche vom 8. bis 15. Januar wurden in der hiesigen Volksküche 1773 Portionen verabreicht.

Geschichte der Leibesübungen in Stettin.

Unter obigem Titel hat Herr Oberlehrer Dr. H. Rühl zum 40jährigen Stiftungsfest des Stettiner Turnvereins eine Festschrift verfaßt, welche soeben im Verlage von Herrcke und Lebeling erschienen ist und den Turnern und Turnfreunden Stettins eine hoch willkommene Gabe sein dürfte. Der Verfasser, welcher seit länger als 12 Jahren den Vorsitz des Stettiner Turn-Vereins führt und schon vorher ein warmer Freund und Förderer der edlen Turnkunst war, hat in dieser Festschrift eine ebenso umsichtige, wie dankenswerthe Arbeit vollendet, die mit Recht „Ein Baustein zu einer allgemeinen Geschichte der Leibesübungen“ genannt zu werden verdient. Theils mit Hülfe von alten Aktenstücken, welche von den Behörden mit großer Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt wurden, theils durch mündliche Auskunft aller Turner und Turnerfreunde hat der Verfasser nach vieler Mühe und Arbeit die Daten erhalten, durch welche er uns in seiner Schrift in sehr anziehender Weise die Entwickelung der Turnkunst in unserer Provinz schildert. Derselbe beginnt mit den Leibesübungen in Stettin bis zum 17. Jahrhundert, über welche freilich nur sehr spärliche Quellen vorlagen, so daß dieser Zeitabschnitt mehr Nachrichten über die Leibespflege, als über die Leibesübungen enthält. Schon ausführlicher liegen verbürgte Nachrichten über die Leibesübungen an den höheren Schulen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts vor und besonders eingehend schildert der Verfasser den Fecht- und Tanz-Unterricht, wie solcher im vorigen Jahrhundert Lehrgegenstand am Gymnasium bildete, zu dessen Lehre „akademische Tanzlehrer“ besonders angestellt waren.

Mit warmen Worten gedenkt der Verfasser der Männer, welche im Laufe der Zeit die Turnkunst in Stettin besonders unterstützt und gefördert haben, zunächst Dr. Friedrich Koch, der im Jahre 1792 nach Stettin kam und hier länger als 50 Jahre in seltenem Fleiße — zuletzt als Konsistorial- und Schulrath — wirkte und stets für den Gedanken eintrat, die Turnanstalten eng mit den Schulen in Verbindung zu setzen. Weiter wird der Unterstützung des Stadtraths Kugler, welcher während der Zeit der Besetzung Stettins durch die Franzosen zum Stadtrath ernannt wurde, des Ober-Präsidenten Sack, welcher vom Jahre 1816—1831 die oberste Leitung unserer Provinz führte, gedacht. Als erster Turnlehrer Stettins wurde im Jahre 1816 der ordentliche Lehrer Heinr. Fr. W. Wach angestellt, nachdem am 18. Oktober desselben Jahres der erste Turnplatz auf dem place d'armes im Fort Leopold feierlich eingeweiht war.

In einem weiteren Kapitel schildert der Verfasser die Versuche einiger Gegner des Turnens, welche sich besonders gegen den nach Wach angestellten Turnlehrer Brettner richteten, da nach Ansicht des Lehrerkollegiums die Einwirkung Brettner's auf das Leben der jungen Leute schädlich sei; die Anklagen gegen Brettner richteten sich „gegen das Fechten, das zur Rauferei anleite und schädlich sei, weil es zum Zweikampfe, der den Vorschriften der Religion widerspreche, anrege, gegen die Turnfahrten, die Unordnung und Ungesetzlichkeiten zur Folge hätten und der Vorbereitung hinderlich seien, und gegen das Singen vaterländischer Lieder, die zu übertriebenem Franzosenhaß führten“. Eine von dem Lehrerkollegium gegen Brettner erlassene Eingabe hatte zwar nicht den gehofften Erfolg, doch wurden auf Verfügung des Königs vom 13. März 1819 die Turnfahrten vorläufig untersagt, weil kein passender Platz resp. Saal vorhanden war und am 2. Januar 1820 erschien die allerhöchste Kabinetsordre, welche nicht nur in Stettin, sondern in ganz Preußen dem gesammten Turnwesen ein Ende bereitete.

In Stettin ruhte das Turnen nun lange Zeit, bis sich in dem Bürgermeister Schallehn (von 1836—1867 Bürgermeister Stettins) ein eifriger Förderer der Turnkunst fand, welcher die Sache in die Hand nahm und dahin wirkte, daß auf einem dem Marienstifts-Gymnasium gehörigen Ackerstück bei Torney ein Turnplatz und eine alte Remise im Johanniskloster zur Turnhalle eingerichtet wurde. Der Verfasser schildert in einem besonderen Kapitel den Einfluß, welchen die Reskripte von 1842 und 1844 auf das Schul-Turnen in Stettin hatten, und die Schritte, welche C. G. Scheibert, der Direktor der Friedrich-Wilhelmsschule (1840—1855), zur Förderung des Turnens in dieser Schule gethan, er geht sodann näher auf die Einführung des Mädchenturnens (1846) und auf die Ausdehnung des Knabenturnens auf die Volksschulen ein.

Die Begründung des Stettiner Turnvereins erfolgte am 6. Februar 1847 und ist als eigentlicher Begründer der noch in unserer Mitte lebende Uhrmacher resp. Mechaniker Steinbrink zu betrachten. Nur 29 Mitglieder waren es, welche zu jener Zeit den Grundstamm für den heute so ausgedehnten Verein bildeten.

Doch es würde den Zweck dieser Zeilen überschreiten, wollten wir hier ausführlich eingehen auf die trüben und heiteren Stunden, welche der Verein seit Gründung durchlebt. Es würde zu weit führen, wollten wir des Baues der Vereinsturnhalle auf dem Grundstück der Birkenallee (jetzt Wolffs Saal) und deren Eröffnung (15. Dezember 1861) ausführlich gedenken. Hierüber, wie über den Brand derselben am 17. Juni 1865, bringt die Schrift Dr. Rühls ebenso eingehende, wie interessante Schilderungen, weiter beschäftigt sich der Verfasser mit der weiteren Entwickelung des Turnwesens und im Besonderen des Stettiner Turnvereins, sowie der Neuordnung des Schulturnens seit dem Jahre 1868 und der Neugestaltung des Vereinsturnens. — Als Anlagen zur Geschichte des Stettiner Turnvereins bringt die Schrift den Vermögensstand und Haushaltsplan, die Besuchs-Statistik und das Mitgliederverzeichniß vom 1. November 1886, nach welchem der Verein einschließlich von 10 Ehrenmitgliedern 341 Mitglieder zählt.

Man sieht aus dem Vorstehenden, daß die Schrift des Herrn Dr. Rühl weit mehr enthält, als man von einer Festschrift verlangen kann; die Arbeit des Verfassers ist auch mehr als eine Gelegenheitsgeschichte, es ist eine eingehende Geschichte der Entwicklung des Turnwesens in unserer Stadt, so weit sich eine solche nach den vorhandenen Akten noch feststellen läßt und wäre zu wünschen, daß dieselbe von Niemand ungelesen gelassen würde, welcher Interesse für die edle Turnkunst — für kräftigende Leibesübungen hat, sie möge aber auch zum 40jährigen Stiftungsfest des Stettiner Turnvereins ihren Zweck erfüllen und dem Verein neue Freunde und Förderer und neue Mitglieder zuführen, damit derselbe noch den späteren Generationen zum Sammelpunkte dient. Unter denen, welche dereinst als eifrigste Förderer des Turnwesens in unserer Stadt genannt werden, wird sicher auch der Verfasser der Festschrift, der umsichtige Leiter des Stettiner Turnvereins, Herr Dr. Hugo Rühl, nicht fehlen.

—r.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Johann von Lothringen“ (Le chevalier Jean). Große Oper in 4 Akten. (Dutzendbillets haben mit 50 Pf. Aufzahlung Gültigkeit.) — Bellevuetheater: „Der Schriftstellertag“ Lustspiel in 4 Akten.

Montag. Stadttheater: Zu kleinen Preisen (Parquet 1 Mark 2c.). „Die lustigen Weiber von Windsor.“ Komische Oper in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

London, 9. Januar. (Eine Thronkandidatin.) Der Brief, in welchem sich eine Dame den Bulgaren als Königin anbietet, beginnt folgendermaßen: „Meine Herren! Wenn Sie noch nicht den Fürsten Alexander von Hessen, noch den Grafen Pejacsevitsch als Herrscher des Fürstenthums gewählt haben, so biete ich mich als Königin eines Volkes an, welches sich ebenso tapfer wie unabhängig bewiesen hat . . . Sie werden mich als Königin ebenso entschlossen wie fest in der Vertheidigung Ihrer Rechte finden . . . Man sagt, daß Bismarke sich mit den Russen verbunden hat. Ich glaube, daß der Zar dumm ist und keine Vernunft annehmen will . . Ich rathe Ihnen auch, Rustschuk, Silistria Schumla und Varna gut zu befestigen und sie vertrauenswerthen Befehlshabern zu übergeben . . . Zur Vertheidigung seines Vaterlandes darf man sich aller Mittel bedienen . . . Auch sollen alle russischen Unterthanen des Landes verwiesen werden, damit die Spione keinen guten Bürger mehr bestechen können. Ich selbst persönlich verabscheue den Krieg, aber wenn man mich dazu zwingt, sollte man ihn möglichst vortheilhaft führen. Es ist schön, für sein Vaterland zu sterben, aber noch schöner, dafür zu leben . . .“

— (Dankbarkeit.) **Richter:** „Sagen Sie, was bewog Sie dazu, in Ihrem Heimathsort Feuer anzulegen?“ — **Brandstifter:** „Ich wollte der Gemeinde blos meinen wärmsten Dank ausdrücken!“

— In Philadelphia wurden zwei Geizhälse, von denen der eine ein Millionär war, in ihrer Wohnung erfroren aufgefunden. Man fand bei ihnen große Geldsummen und Werthpapiere, sowie einen gefüllten Kohlenkeller. Die beiden Männer waren bereits drei Tage todt, als man die Leichen entdeckte.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 15. Januar. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Ministers des Innern betreffend ein mit der russischen Regierung vereinbartes Verfahren bei der gegenseitigen Ausweisung von Landstreichern, sowie von paßlosen Individuen, die keine Subsistenzmittel nachweisen können.

Maler Amerling ist gestorben.

Rom, 15. Januar. Die radikalen Komitees fordern die Bürger und die Studentenschaft auf, die bulgarischen Delegirten, welche heute hier eintreffen sollen festlich zu empfangen.

Fürst Odescalchi, der gestern im Vatikan einen Dankesbesuch für die päpstliche Kondolenz bei dem Palastbrand abstatten wollte, wurde als italienischer Deputirter nicht zugelassen.

Paris, 15. Januar. Die gestrige Abstimmung des deutschen Reichstages wird natürlich von der gesammten hiesigen Presse mit lebhafter Befriedigung aufgenommen und je nach dem Parteistandpunkte der Blätter ausgelegt. Allgemein wird die Ansicht ausgesprochen, die Regierung werde trotzdem ihr Projekt durchsetzen. Auch warnen die Journale mehrfach zur Vorsicht bei der Polemik gegen Deutschland während der nächsten jedenfalls aufgeregten Periode. Die „Lanterne“ denunzirt dagegen die Anhänger Jules Ferry's, welche angeblich seit den letzten Tagen ihre Anstrengungen zum Sturze des Generals Boulanger verdoppeln, den Fürsten Bismarck beruhigen zu wollen.